Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 206.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 21. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 20. März. Der König hat dem Landrath a. D. von Wilamowitz-Möllendorff auf Markowitz, Kreises Inowrazlaw, die Kammerherrnwürde verliehen.

Der König hat dem Expedienten bei dem „Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staats-Anzeiger" Theodor Kessel bei seinem Uebertritt in den Ruhestand den Titel als Kanzleirath verliehen.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung.

Berlin, 20. März. Am Tische des Bundesraths: v. Puttkamer, v. Bötticher, v. Nostiz-Wallwitz, später Reichskanzler Fürst Bismarck.

Das Haus ist in allen seinen Theilen gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt, in den Hoflogen wohnen die Großherzöge von Baden und von Weimar den Verhandlungen bei.

Vize-Präsident Hoffmann eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Eingegangen ist ein Entwurf, betr. die Prisengerichte.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und erklärt dem Antrage der Wahlprüfungskommission entsprechend die Wahl des Abg. v. Levetzow im 3. Wahlkreise des Regierungsbezirks Frankfurt für gültig.

Präsident v. Levetzow übernimmt den Vorsitz.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung der Denkschrift über die von der Preußischen und der Hamburgischen Regierung auf Grund des Sozialistengesetzes getroffenen Anordnungen.

Abg. Hasenklever: Die Denkschrift steht, wie ein Berliner Blatt mit Recht gesagt hat, auf der Anschauungshöhe eines Polizeibeamten; ihre Logik ist geradezu eine verzweifelte, jeder Vordersatz hebt den Nachsatz auf und umgekehrt. Die Folge des Sozialistengesetzes hat sich gerade darin gezeigt, daß wir zahlreichere Wahlkreise genommen haben, wie die Denkschrift es ja auch indirekt zugesteht. Die Regierung beleidigt durch die Ausführung des Gesetzes uns jeden Tag und wundert sich dann, wenn wir sie beleidigen. (Heiterkeit.) Man beschwert sich, daß wir einen Kongreß in Kopenhagen abgehalten haben — heben Sie nur das Gesetz auf, dann werden wir in Berlin einen Kongreß abhalten unter den Augen des Herrn v. Puttkamer. Ich bin im Grunde meines Herzens national, ich will Ihnen nicht drohen — aber wenn Sie uns im Vaterlande hindern, so werden wir, wie ich heute schon sagen kann, einen neuen Kongreß im Auslande abhalten. Die Denkschrift klagt, daß in Berlin und Hamburg Fachvereine mit sozialistischer Führung begründet worden sind. Ja, das werden Sie nicht verhindern können, denn die Arbeiter, also die Mitglieder der Fachvereine sind Sozialisten. Man wirft uns ferner vor, daß wir in Kopenhagen Adressen von Russen und Dänen angenommen haben. Ja; wir sind höfliche Leute und weisen Adressen nicht zurück. Wo wir ehrliche Gesinnungsgenossen finden, da verbrüdern wir uns, wie der Fortschritt mit der Sezession. (Heiterkeit.) — Auf Seite 6 der Denkschrift wird uns vorgeworfen, daß die Beschlüsse des Kongresses sich auch auf die Reichstagswahlen bezogen haben. Soll das wirklich ein Vorwurf sein? Will man uns denn alle staatsbürgerlichen Rechte, auch die des Wählers, entreißen? Und wenn wir beschlossen hätten, an der Wahl uns nicht zu betheiligen, hätte man uns nicht dann vorgeworfen, wir vernachlässigten unsere staatsbürglichen Rechte? Wir können machen, was wir wollen — verbrannt werden wir immer. Die Denkschrift spricht auch von unserer Stellung zur Sozialreform. Die Sozialreform ist eine Prozedur, bei der man den Pelz waschen, ihn aber nicht naßmachen will. Ich glaube, die Regierung wird es ihrer Presse nicht danken können, daß sie das Rodbertus'sche Gespenst als ein Motiv für die Sozialreform geltend gemacht hat. Rodbertus aber hat einen ganz anderen Standpunkt angenommen, er hat den Normalarbeitstag verlangt und den Satz ausgesprochen: Die soziale Reform ist der russische Feldzug für Bismarcks Ruhm. Glauben Sie auf der Rechten also nicht, daß Sie sich auf Rodbertus stützen können. Abg. Dr. Bamberger hat sich offen gegen diese Sozialreform im Interesse der jetzigen Gesellschaftsordnung erklärt — wenn die Regierung aber die Unzulänglichkeit dieser Gesellschaftsordnung anerkannt, so muß sie doch zu einer gewaltsamen Lösung kommen. — Demgegenüber behauptet nun die „Nordd. Allg. Ztg." zwischen Sozialisten und Anarchisten sei kein größerer Unterschied, als zwischen Fortschritt und Sezession. Ist denn aber Abg. Grillenberger nicht etwa sehr scharf gegen die Dynamiteriche aufgetreten? Nicht die Anarchisten haben das Sozialistengesetz, sondern das Sozialistengesetz hat die Anarchisten hervorgerufen und die Morde in Oesterreich auf dem Gewissen (Widerspruch), ja, hätte man unsere gesunde Sozialdemokratie in Oesterreich zugelassen, diese Ausschreitungen wären unterblieben. Ich darf zum Beweise vielleicht einige Stellen aus dem „Sozialdemokrat" vorlesen — ich glaube, der Herr Minister geht auch schon mit Aehnlichem schwanger. (Große Heiterkeit.) [Redner verliest einige Stellen aus dem „Sozialdemokrat," in welchem das Auftreten der Anarchisten sehr energisch bekämpft und als Hallunkenthum bezeichnet wird.] Ist das kein Absagebrief gegen die Anarchisten? Wir wollen den Staat, der Anarchist verwirft das Staatsprinzip. Darf also die Regierung uns für den Anarchismus verantwortlich machen? ich halte das Sozialistengesetz dafür für verantwortlich und ein fortschrittliches Blatt macht einen Theil der Konservativen, die Antisemiten dafür verantwortlich. Die Konservativen schieben uns alle Ausschreitungen der Anarchisten in die Schuhe — was würden die Konservativen sagen, wenn wir sie verantwortlich machen wollten, sobald ein verehrter Herr ihrer Fraktion zum Frühstück zwei Juden verspeist? (Heiterkeit.) Die Regierung weist immer auf den Einfluß des Herrn Most hin — Most versteht gar Nichts, hat gar keinen Einfluß, ist gar nicht ernst zu nehmen; dieser Most wäre besser aus der Denkschrift fortgeblieben. Zum Schluß sagt die Denkschrift — und ich danke ihr im Namen der Berliner Arbeiter dafür —, daß trotz aller Ausweisungen in Berlin eine große Anzahl von „Sozialdemokraten, darunter gerade sehr überzeugungstreue thatkräftige und intelligente Mitglieder" vorhanden sind." — Ich will diesmal auf die Vorführung von Details verzichten und nur 2 Fälle vorführen. In Halle wurde eine Haussuchung bei einem Manne in dessen Abwesenheit vorgenommen — der Polizeibeamte gab dabei dem vierjährigen Sohne des Behaussuchten 2 Pfennige mit der Bitte, ihm zu sagen, wo der Vater seine Schriftstücke hätte. Dieser Polizeibeamte heißt Große; es ist dies doch ein Fall von Korruption ersten Ranges. (Ruf bei der Sozialdemokratie: „Pfui Teufel!" — Präs. v. Levetzow rügt diese Unterbrechung als des Reichstages unwürdig.) Einen ähnlichen Fall von Korruption erlebte ich mit Prof. Kohlschütter in Halle. — Ich komme zum Schlusse. Mögen Sie das Gesetz verlängern oder nicht — wir stehen dem mit dem ganzen Gefühl der Wurstigkeit gegenüber. Mit den Anarchisten können Sie uns nicht zusammenwerfen — und ebenso sicher, wie dies, ist es, daß wir uns nicht unterwerfen werden.

Abg. Grillenberger: Es scheint ja, als ob die Sache vorher schon abgemacht wäre — es hat sich außer mir Niemand zum Worte gemeldet; ich kann daher um so kürzer sein. — Ich kann mich rühmen, von unserer Partei der Erste gewesen zu sein, der sozusagen die Bombe in die Anarchisten geworfen hat. Wenn man die Behandlung der Dynamitaffäre in Reinsdorf genau betrachtet, so erscheint sie doch sehr verdächtig. Es scheint, als ob man Material für das Sozialistengesetz schaffen wollte. Was aber bei uns die Anarchisten, das ist bei den Konservativen die Stöckersche Richtung, der Neustettiner Vorgänge sind anarchistische. Man sollte sich doch also hüten, die Anarchisten uns an die Rockschöße zu hängen. — Kehren Sie doch erst vor Ihrer eigenen Thür. (Beifall links.) Am vorigen Sonntag wollte ich hier in einer Versammlung über die Sozialreform der Regierung sprechen — es wurde mir untersagt. Die Denkschrift behauptet, das Sozialistengesetz sei loyal ausgeführt worden. Das ist völlig unwahr — am Montag wurde hier eine Versammlung aufgelöst, weil ein Arbeiter eine Stelle aus dem Buche des Oberregierungsraths Dr. Engel über den „Werth des Lebens" verlesen hat. Dabei kam das Wort „Arbeiterkraft" vor, und das genügte der Verständnißlosigkeit des Polizisten zur Auflösung. Uns kann ja eine derartige Handhabung des Gesetzes nur recht sein, sie stärkt uns. — Die Denkschrift wirft uns internationale Bestrebungen vor. Warum bekämpft man nicht die Internationalität des Kapitals und der Polizei. Man wirft uns unsere Feindlichkeit gegen das Krankenkassen-Gesetz vor. Freilich, denn das Gesetz ist in Form und Inhalt für Arbeiter nicht geeignet. Die Denunziation der Fachvereine in der Denkschrift will nur die Bourgoisie, das Kapital gruselig machen. Die Fachvereine haben keine sozialistische Tendenz, sie streben nur die nothwendige Besserung der Lebenslage an — will man das auch noch verbieten? Die Denkschrift preist auf der einen Seite die Vortheile, die das Gesetz gebracht hat, und beklagt auf der anderu, daß es Nichts genutzt hat; sie sucht mit allen Mitteln zu wirken, spricht von Anarchismus und beschuldigt die Fachvereine. Abg. Hasenclever hat ein Beispiel aus Halle angeführt, welches mich zu jenem vom Präsidenten gerügten Ausdrucke veranlaßt hat, für eine solche That giebt es keine andere Bezeichnung. Wenn ich nun zu der Verlängerung des Gesetzes übergehe. —

Präs. v. Levetzow: Wir stehen bei der Denkschrift, nicht bei der Verlängerung des Gesetzes.

Abg. Grillenberger: Wenn ich in meinen Ausführungen verhindert werde, so

Präs. v. Levetzow: Wollen Sie damit meine Geschäftsleitung tadeln?

Abg. Grillenberger: Das liegt mir fern. Ich möchte nur bitten, den Verlängerungsantrag hier im Plenum zu erledigen.

Die Diskussion wird geschlossen; die Denkschrift wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs über Verlängerung des Sozialistengesetzes bis zum 30. September 1886.

Es erhält das Wort Abg. Bebel (Heiterkeit.)

Abg. Bebel: Ich habe mich nicht gemeldet und werde nicht sprechen, bevor nicht ein Redner der anderen Parteien gesprochen hat.

Abg. Hasenclever: Ich habe den Abg. Bebel gemeldet, aber es standen bereits mehrere Redner auf der Liste.

Präs. v. Levetzow: Wir haben keine Rednerliste. Das Wort hat Abg. Marquardsen.

Abg. Marquardsen: Prinzipielle Erörterungen brauchen heute nicht wiederholt zu werden. Der Schwerpunkt des Gesetzes liegt in der Möglichkeit, bei Ausschreitungen eine Ausweisung von gefährlichen Personen eintreten zu lassen. Ich muß anerkennen, daß das Gesetz im Ganzen doch die Ziele erreicht hat, die man damit anstrebte. Es ist erreicht worden, daß der Sozialismus sich nicht weiter in Familie und Gemeinde eingefressen hat, als bei Beginn des Gesetzes. Ich glaube, wir können für die Verlängerung stimmen, da wir daran gearbeitet haben, etwaige Mißstände, die in der Handhabung des Gesetzes hervorgetreten sind, zu beseitigen. Wir stehen dem Gesetze also mit gutem Gewissen gegenüber. Vor drei Jahren schon konnte meine Fraktion sich für das Gesetz ohne Berathung einer Kommission entscheiden; wir treten auch heute für die Verlängerung des Gesetzes ein, sind jedoch, wenn die anderen Parteien es verlangen, auch für Verweisung des Gesetzes an eine Kommission.

Abg. Bebel: Außer der sozialistischen Partei hat man auch, und zwar jüngst erst, das Zentrum revolutionär und staatsfeindlich genannt — im Auslande wird man dann wohl sonderbare Begriffe von Deutschland erhalten, während doch z. B. Börne sagt, das deutsche Volk sei ein Volk von Bedienten. Wie loyal die Deutschen sind, hat der Liberalismus bewiesen. Er hat sich, trotz der Erinnerung an die erlittenen Verfolgungen, unduldsam gegen das Zentrum und uns erwiesen. Das Zentrum sucht sein Ideal in der Vergangenheit, wir in der Zukunft. Und deshalb bewilligte der Liberalismus die Ausnahmegesetze gegen das Zentrum und gegen uns. Das war nur möglich, weil an der Spitze des Reiches ein Mann wie Fürst Bismarck steht, ein Mann des Kampfes, der alle Parteien seinen Zwecken dienstbar macht. Von 1866 ab kämpfte er auf Seiten der Liberalen und gegen das Zentrum, dann wieder mit Hilfe des Zentrums gegen die Liberalen und Sozialisten. Jetzt nun wieder kämpft Fürst Bismarck mit sozialistischen Waffen und sein Kollege v. Puttkamer hat das Auftreten des Sozialismus sogar als weltgeschichtliche That bezeichnet. Jetzt nun soll das Sozialistengesetz auf 2 Jahre verlängert werden — die Motivirung ist freilich ziemlich mager. Die Regierung sagt, sie habe die sozialdemokratische Agitation nicht zu vernichten, sondern nur einzudämmen vermocht. Das kann doch aber nicht erreicht werden, wenn Fürst Bismarck jetzt mit der Sozialreform auftritt. Denn darin sind wir doch Lehrer und Fürst Bismarck Schüler. Und wenn er jetzt unsere Wege wandelt, so wird sich gerade bei seinem großen Renommee das Volk sagen, die Sozialdemokratie muß doch Recht gehabt haben. — Haben die sechs Jahre des Gesetzes Vortheil gebracht? Handwerk und Bauernstand sind vom Großkapital noch mehr gedrückt als früher, die Löhne noch niedriger. Nun soll zwar das Gesetz einen Erfolg gehabt haben, da die Sozialdemokratie von der Oberfläche verschwunden sei. Aber trotz aller harten Strafen hat die Sozialdemokratie keine Verminderung erlitten, denn Herr von Puttkamer hat Recht, der Sozialismus ist etwas Weltgeschichtliches, der Einzelne kann bestraft und verhindert werden, aber die große Bewegung bleibt, und je schärfer man mit Strafen vorgeht, desto mehr drängt man uns in gewaltsame Bahnen. Man hat den Belagerungszustand für nöthig gehalten, weil man durch Ausweisung, durch Zerstörung des Familienlebens etwas zu erreichen hoffte. Demgegenüber kann ich konstatiren, daß nirgends die Partei besser organisirt ist, nirgends größere Unterstützungen gezahlt werden, nirgends das Parteiorgan mehr gelesen, als in den Städten mit Belagerungszustand. Freilich trifft die Ausweisung härter als richterliche Verurtheilung, denn sie erfolgt, wenn das Material für die Verurtheilung nicht genügt. Deshalb ist auch die Erbitterung unserer Parteigenossen nirgends so groß, wie in den Städten mit Belagerungszustand. Unser Organ, der „Sozialdemokrat", ist in seiner Auflage gestiegen, er wirft sogar Ueberschüsse ab und tausende uns selbst unbekannte Arbeiter besorgen seine Verbreitung. Bei Einführung des Gesetzes fielen unsere Blätter wie die Fliegen im Herbst; endlich nach einem Jahre erst begründeten wir ein Organ im Auslande, den „Sozialdemokrat" in Zürich. Wir ließen ihn 3 Monate so redigiren, daß er den deutschen Strafgesetzen entsprach; die Befolgung des Gesetzes erbitterte unsere Anhänger so sehr, daß das Blatt eine viel entschiedenere Sprache annehmen mußte. Das Versprechen des Ministers v. Eulenburg, auch nach dem Gesetze werde ein Most, ein Liebknecht eine Zeitung redigiren können, ist nicht erfüllt worden. — Abg. Marquardsen hat gesagt, daß der Reichstag mehrmals für loyalere Handhabung des Gesetzes eintreten mußte, während die Regierung die loyale Ausführung des Gesetzes rühmt. Die Polizei kann ganz willkürlich verfahren, besonders in Bezirken mit Belagerungszustand hat die Polizei über Personen, die als unschuldig aus der Untersuchungshaft entlassen worden, die Ausweisung verhängt, dann läßt die Staatsanwaltschaft sie aufs Neue verhaften, um Fluchtversuche zu verhindern und nach Monaten ergiebt sich dann die Unschuld der Verhafteten. Auch die Ueberwachung der Versammlungen ist keineswegs loyal, sondern willkürlich. Zur Zeit der Berliner Stadtverordnetenwahlen ließ man uns freie Hand, als sie vorüber waren, verbot man die Versammlungen unserer Partei. (Hört! Hört! links.) Herr v. Puttkamer hat dann im Abgeordnetenhause erklärt, ja das waren nicht Sozialdemokraten, das waren Arbeiter (Heiterkeit links.) Uns kann das ja ganz recht sein, aber die Regierung sollte sich doch hüten, das Rechtsbewußtsein so zu schädigen. — In Sachsen wurde eine Versammlung, in der ich sprechen sollte, verboten, acht Tage später aber gestattet, und als ich gesprochen hatte, sprach der überwachende Polizeibeamte mir seine Anerkennung aus. (Große Heiterkeit, links.) Was die Anarchisten anbetrifft, so sind die Väter des Sozialistengesetzes auch ihre Väter. Der Anarchismus ist Wahnsinn, aber er ist die zur Verzweiflung getriebene Hoffnungslosigkeit. Es ist dies ebenso, wie mit dem Nihilismus — gäbe der Zar eine Konstitution, so würden die Nihilisten verschwinden. (Gelächter, rechts.) Wir bekämpfen die Anarchisten, was man von den Polizeibehörden nicht immer sagen kann. Ich erinnere an den Polizeispion Neumann, der die „Freiheit" von Most vertrieben hat, ebenso an den „einäugigen Wolff" und vor Kurzem erst haben wir einen Burschen entlarvt, Friedemann, der zusammen mit Stellmacher in Zürich agitirt hat. Und dieser Friedemann steht im Dienste der preußischen Polizei — der Herr Minister des Innern wird ihn wohl kennen. (Heiterkeit.) Wenn ich wirklich gesagt hätte, was Regierungskommissar Lohmann mir neulich in den Mund gelegt hat, daß wir nämlich die Hilfskassen für unsere Agitation ausnutzen sollten, so wäre das doch sehr unvorsichtig gewesen. Ich habe einen solchen Standpunkt nicht angenommen, wenngleich man jetzt damit die Verlängerung begründen will. Die Regierung verlangt, wir sollen für das Unfall- und Krankengesetz stimmen, sonst wird das Sozialistengesetz verlängert. Verlängern Sie das Gesetz, so oft Sie wollen — unsere Ueberzeugungen verkaufen wir nicht. — Die Chancen des Gesetzes stehen etwas eigenthümlich — den Ausschlag hat das Zentrum zu geben. Ein Redner des Zentrums hat sich jüngst noch eine Hinterthür offengehalten, um ein Handelsgeschäft für seine Partei zu ermöglichen. Das Zentrum, diese christliche Partei, kann doch nicht dafür eintreten, daß eine große Zahl von Personen zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradirt werden. Wenn das Gerücht sich bewährt, daß das Zentrum für die Verlängerung stimmen wird, so ist Alles, was wir sprechen überflüssig — wir sprechen Alle nicht für dieses Haus, sondern zum Fenster hinaus.

Bevollmächtigter zum Bundesrathe, Minister v. Puttkamer: Die Regierungen schlagen Ihnen die Verlängerung des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie vor. Das Gesetz hat, was man auch sagen mag, den großen Nutzen gehabt, von Deutschland die großen sozialistischen Gefahren fernzuhalten, von denen andere Staaten nicht befreit geblieben sind. Wir verlangen die Verlängerung nur auf zwei Jahre, da wir die Zahl der Gegner der Verlängerung möglichst verringern wollen und da wir hoffen, daß in der Zwischenzeit, nicht Herr Bebel und seine Genossen von ihren Bestrebungen ablassen werden, wohl aber die von der wüsten Agitation irregeleiteten Massen. Das Erscheinen der Sozialdemokratie ist allerdings ein weltgeschichtliches, denn die Ziele des Sozialismus weichen von allen bisherigen Zuständen ab. Das deutsche Volk ist gutmüthig, ruhig und leicht überzeugt; deshalb eben sind die sozialistischen Lehren am tiefsten in Deutschland eingedrungen, doch verzweifeln wir nicht daran, daß das Volk die Unrichtigkeit dieser Lehren schließlich einsehen werde. Der Vorredner hat gemeint, er könne mit dem Ergebnisse der Belagerungszustände ganz zufrieden sein. Da verwechselt er doch wohl Ursache und Wirkung. Ich sage gerade, weil die sozialistische Bewegung in großen Städten, wie Berlin, Hamburg, Leipzig eine sehr große ist, deshalb ist dort der Belagerungszustand verhängt worden. Der Vorwurf, daß bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen mit zweierlei Maß gemessen, ist von mir schon im Abgeordnetenhause widerlegt worden. (Gelächter links.) Welche Bestimmung hätten wir denn gegen die Arbeiterversammlungen damals geltend machen können? Nur § 9, der von der Auflösung von Versammlungen spricht, die anarchistische Zwecke verfolgt. Traf das damals zu? Die Arbeiterpartei trat gegen Miethssteuer, gegen Kanalisation auf; die Versammlungen wurden von unbescholtenen Männern geleitet und nun verlangen Sie, daß ich gegen solche Versammlungen einschreiten sollte? (Rufe links: Nein, nein!) Ich will nur den Vorwurf widerlegen, als hätte die Regierung sich lässig gezeigt in der Ausübung des Gesetzes. Nach den Wahlen hat die Arbeiterpartei sich anders gezeigt, vielleicht hat sie früher Heuchelei geübt; sobald die Regierung sah, daß sie auf sozialistischem Boden stand, ging sie gegen die Arbeiterpartei vor. — In der Kölner Rede des Abg. Bebel ließ sich allerdings das Bestreben einer Ausbeutung der Hilfskassen für seine Zwecke nicht verkennen. —

Abg. Bebel und seine Vorredner haben alle Beziehungen zum Anarchismus abgelehnt. Wo sind die Herren Hasselmann und Most, die früher auch diese Rednerbühne zierten, hingekommen? Aber wenn Abg. Bebel auch Recht haben soll, glauben Sie denn, daß Herr Most — früher sagte Abg. Bebel „mein Freund Most" — keine Gefahr mehr für uns ist? Ist es keine Gefahr, wenn ein kleiner Kreis von Personen internationale Morde inszeniren kann, wie die von Floridsdorf? Abg. Liebknecht, der sich hier immer gern als Vertreter der gemäßigten Partei bezeichnet, hat bei der Todtenfeier für Marx die Festrede gehalten und damit geschlossen: „Es lebe die soziale Revolution!" und bei einer Agitationsreise in Holland hat er geäußert, wir schrecken nicht vor der Revolution zurück, im Gegentheil, wir hoffen auf sie 2c. Daß die Führer der sozialistischen Partei doch nicht so ganz gesetzlich vorgehen, wie sie es hier äußern, zeigt auch ein Sendschreiben, welches sie an die Pariser Partei abgelassen haben. Am interessantesten aber ist, was Abg. Bebel verschwiegen hat, nämlich Essenz und Wesen der deutschen Sozialdemokratie. Die Herren erklären hier niemals, was sie eigentlich wollen. Was ist nun das Ideal der Zukunft des Herrn Bebel? Einer der sozialdemokratischen Führer hat jetzt einmal endlich klar gesagt, was er will, und zwar in einem Buche, das mit großem Applomb auftritt. Das Buch geht davon aus, daß Ehe, Familie, Staat von falschen Voraussetzungen ausgeht. Nur eine völlig neue Einrichtung kann uns retten, eine organisirte sozialistische Gesellschaft, welche mit Expropriation — gemeint als Konfiskation — beginnen muß. Für den Einzelnen bleibt nichts übrig als etwas Hausgeräth; die Gesellschaft besitzt die Gesammtheit aller Kapitalien und verwandelt die ganze Welt in ein großes Arbeitshaus mit 3, höchstens 4 täglichen Arbeitsstunden. Arbeit und Genuß wird in gleichen Portionen zugewiesen; es giebt keine Armen, natürlich auch keine Gensdarmen, denn es giebt keinen Diebstahl, da jeder genug hat, es giebt keinen Mord, denn Gold ist ja nur Chemäre. Das hat nun aber auch seine Kehrseite; Jeder muß Alles arbeiten, ein großer Gelehrter muß am Vormittag Fäkalstoffe auf die Straße bringen, Nachmittags darf er Aristoteles studiren. Von der Frau wird gesagt, man habe sie nur des Erbrechts wegen gebraucht. Das soll anders werden: die Ehe kommt zu Stande in freier Liebeswahl; sobald man will, geht man wieder auseinander. Um die Kinder braucht man sich nicht mehr zu kümmern, sie werden sofort nach ihrer Geburt in große Erziehungsanstalten geschickt, das Familienleben hört auf. Die Landwirthschaft ist das Steckenpferd des Verfassers; die großen Städte sollen verschwinden, Alles lebt auf dem Lande 2c. Ist es zu naß, wird die Ernte unter Trockenscheunen eingeholt, ist es zu trocken, so hat die Wissenschaft für Abhilfe zu sorgen. Sie werden mir sagen, das sind hirnverbrannte Ideen — in der That, das sind sie, aber dies ist das formulirte Programm einer Partei, die 100000 Wähler hinter sich hat und der Verfasser dieses Programms befindet sich unter uns und heißt August Bebel. Es ist zweifellos, daß eine Partei mit solchem Programm revolutionär ist. Der „verrückte" Most hat gesagt, man massakrirt Alles, was im Wege steht — Herr Bebel sagt in seinem Buche, es wird sich früher oder später das Bedürfniß nach einem „raschen Akt" herausstellen. Dieser rasche Akt des Herrn Bebel ist doch nichts Anderes als das Massakre des Herrn Most. Mit einem solchen Programm drängen Sie die ganze Kulturwelt in einen Kampf. Abg. Liebknecht freilich behauptet stets, die Sozialdemokratie sei nur definitiv, erst die verfluchte Regierung und die verrottete Bourgeoisie drängt uns den Kampf auf. Die Lehre kennt keine Familie, kein Vaterland, wie Abg. Bebel ja auch einmal in einer seiner Reden gesagt hat, wo es uns gut geht, ist unser Vaterland. Eine solche Lehre ist gemeingefährlich und verbrecherisch — sie erweckt in den großen Massen leidenschaftliches Verlangen nach Aenderung und insofern mache ich allerdings auch die parlamentarische Sozialdemokratie mit verantwortlich für Vieles, was geschehen ist. Man muß zu dem Schlusse kommen, daß Alle irren, die eine leiseste Verwandtschaft zwischen Sozialdemokratie und Sozialreform der Regierung behaupten. Wir wollen die Errungenschaften unseres Kulturlebens sichern; unsere Kultur hat große Lasten auf die Arbeiterbevölkerung gelegt, deshalb wollen wir die Reform um die Revolution zu vermeiden; die Sozialdemokratie will die Revolution und weist deshalb auf die Reform zurück. Diesen Bestrebungen mit Hilfe des gemeinen Rechts entgegenzutreten, ist unmöglich; wie soll man eine politische Anschauung auf diese Weise bekämpfen? Das kann man wohl dem Mißbrauch von Sprengstoffen gegenüber, aber nicht gegenüber einer solchen Propaganda. Ist es die Pflicht des Staats, vor solchen Gefahren zu schützen, so haben wir die Pflicht, durch Verlängerung des Gesetzes diese Möglichkeit zu geben. Wenn Sie zugeben, daß abgesehen von einzelnen Mißgriffen die Ausführung des Gesetzes eine loyale ist und Sie das Bedürfniß eines solchen Gesetzes anerkennen, werden Sie die Verlängerung bewilligen. Res tua agitur. Wenn Sie es bewilligen, thun Sie es in Ihrem eigenen Interesse. (Beifall rechts)

Abg. Dr. Windthorst: Ich bedauere, daß ich zu so später Stunde zum Worte gekommen bin. Ich will mich darauf beschränken, zu beantragen, daß die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen werde. Man hat gesagt, daß das Zentrum die Entscheidung über das Gesetz hat. Das kann jede Partei von sich behaupten, aber jene Aeußerung hat jedoch gezeigt, welches Ansehen das Zentrum sich Dank der Kontinuität seiner Politik erworben. Ich bin heute noch nicht in der Lage, mich für oder gegen das Gesetz zu entscheiden. (Heiterkeit.) Wir sprechen aber nicht, wie heute gesagt worden, hier zum Fenster heraus, sondern um auf einander einzuwirken und uns zu belehren. Ich und meine Freunde hoffen, die Regierung wird ein umfassendes Material zur Motivirung der Vorlage schaffen können und glaube, durch unsern Antrag auf Kommissionsberathung der Regierung dazu Gelegenheit geben wird. Minister v. Puttkamer hat seine Motivirung auf ein Buch von August Bebel gestützt; mit solch' theoretischen Begründungen ist Nichts gethan. Darüber ist kein Zweifel, daß solche verderblichen Grundsätze bekämpft werden müssen, aber wenn man dieses Buch hier brandmarkt, weshalb gestattet man die Schriften der Professoren, die uns von den Affen abstammen lassen, die die Erlösung leugnen? (Beifall im Zentrum.) Das ist doch nicht gerechtfertigt, jenes Buch als Grundlage für das Gesetz anzuführen. Da müßte man doch erst die Lehre vom Verbot staats- und religionsgefährlicher Schriften strenger feststellen und mit einem strengeren Preßgesetz vorgehen. Solange die Sozialdemokratie nur theoretisirt, trete ich hier nicht gegen sie ein; wenn sie aber durch die That der Gesellschaft gefährlich wird, müssen wir gegen sie auftreten. Wir haben genau zu untersuchen, wie weit die Sozialdemokratie auf dem Boden der theoretischen Reform steht. Die Aeußerungen des Herrn Liebknecht, die heute zitirt worden, stellen allerdings sehr in Frage, wie weit sie auf dem Boden der Reform stehen. Heute allerdings haben die sozialistischen Redner sich streng auf dem Boden der Reform gehalten — hätte ich die Garantie, daß die Partei im Lande ebenso denkt, so könnte ich mich gegen das Gesetz erklären. Genügt das gemeine Gesetz nicht, so muß man es ändern, denn wir müssen aus den Ausnahmegesetzen heraus und um dies zu erwägen, halte ich Kommissionsberathung für nothwendig. Wenn ich mir denke, daß der § 28 des Gesetzes aufgehoben werden kann und die anderen Bestimmungen des Gesetzes auf kurze Zeit verlängert werden, so glaube ich, man wird das Rechte treffen. Wie es jetzt ist, kann es nicht fortgehen. Die Zahl der Sozialisten ist gewachsen, das zeigen die Wahlen in Staat und Kommune. Die Energie und Ausdauer der sozialistischen Partei verdient wohl die Nachahmung der übrigen Parteien. Klar ist andererseits, daß wir eine Reihe von Vorlagen erhalten haben, in denen die Grenze zwischen Sozialreform und Sozialdemokratie nicht streng genug festgehalten wird. Die Durchführung der Staatskompetenz, die großartige Verstaatlichung ist eine Verstärkung der Sozialdemokratie und als ich das einmal sagte, meinte ein gouvernementales Blatt, es werde von mir alles Mögliche gethan, um ultramontane Politik zu treiben. Wenn man ein solches Blatt in die Welt schleudert, sollte man es doch erst genau lesen. — Der Sozialismus ist eine große beachtenswerthe Erscheinung; wir müssen genau erwägen, was dagegen zu thun ist. Wenn wir nicht auf die allgemeine christliche Weltanschauung zurückkehren, dann dürfen wir mit dieser Frage uns nicht beschäftigen, es heißt allein: Zurück auf den Boden des Christenthums. Der Herr Minister hat aus dem Buche vorgeführt, wie die Ehe ohne Priester geschlossen und leicht gelöst werden kann. Unsere Gesetzgebung ging nicht ganz so weit, aber weit davon ist sie nicht. (Heiterkeit.) Nach preußischem Gesetz genügt zur Lösung der Ehe unüberwindliche Abneigung. — Der Herr Reichskanzler hat neulich gesagt, wenn wir nicht Hand ans Werk legen, darf man der Sozialdemokratie die Selbstvertheidigung nicht erschweren. Ja, die Selbstvertheidigung darf man niemals erschweren; handelt es sich wirklich um eine Selbstvertheidigung in erlaubter Form, so bedarf es dieses Gesetzes nicht. Mit der Sozialreform allein ist's nicht gethan, es muß Religion ins Volk kommen. In Preußen ist dies nicht geschehen, ich freue mich, daß der Reichskanzler wieder in der Lage ist, zu erscheinen und seinen Einfluß in dieser Hinsicht geltend zu machen.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich bin genöthigt, dem Herrn Vorredner gegenüber meine persönlichen Ansichten mitzutheilen. Ich meine, daß die Sozialdemokratie auf dem Wege der Gesetzgebung zu bekämpfen ist, und wenn der Abg. Windthorst dies für unmöglich hält, so möchte ich an ihn die Frage stellen, ob er vielleicht glaubt, daß der katholische Glaube stärker die Sozialdemokratie zu bekämpfen im Stande sei als andere Religionen. Dieser Unterschätzung der anderen Religionen muß ich entgegentreten. Ich möchte doch darauf hinweisen, daß in vorwiegend katholischen Ländern ähnliche Verhältnisse existiren, während gerade Holland und England auf diesem Gebiete kaum etwas zu wünschen übrig läßt. Wenn ferner die Mehrzahl der Redner und Herr Windthorst glaubt, daß eine zweijährige Verlängerung des Sozialistengesetzes dem Uebel nicht abhilft, so möchte ich doch erwidern, daß dieses Gesetz überhaupt nichts mit dem Gedanken zu thun hat, als ob die Aufgabe in dieser Frist gelöst werden könnte, sondern daß diese Frist lediglich Ausdruck des Mißtrauens der Majorität des Reichstags ist, die Art, wie die Regierung die ertheilte Vollmacht benutzen würde, denn wenn wir diese Frist beibehalten, so geschieht es deshalb, damit manchem die Zustimmung erleichtert werde durch den Gedanken, daß die Vollmacht der Regierung nur 2 Jahre dauert. Ich berufe mich auf meine früheren Worte bei dem Erlaß des Sozialistengesetzes. Niemand kann glauben, daß wir in dieser kurzen Frist die volle Aufgabe erfüllen, wir wollen nur durch positive Bestrebungen auf dem Wege der Reform der Agitation einen Theil ihres Bodens entziehen. Aus der Rede des Herrn Windthorst war nicht klar zu ersehen, wie weit er in der Bekämpfung der Sozialdemokratie gehen will. Ich hatte überhaupt früher nicht genug Zeit, mich um die inneren Angelegenheiten intensiv zu bekümmern. Die auswärtigen Angelegenheiten sind in Deutschland, wie überhaupt in den Ländern großer Nationen in Mitteleuropa, welche mehr als andere Angriffen und Kollisionen ausgesetzt sind, so groß, daß sie die Thätigkeit eines Mannes vollständig zu absorbiren im Stande sind. In der kurzen Zeit der Muße habe ich mich einigermaßen in die wirthschaftlichen Fragen hineinzuarbeiten versucht, seitdem es mir klar geworden ist, daß die Ruhe und Sicherheit im Staate durch die Agitation der Sozialdemokratie bedroht ist. Haben Sie die volle Sicherheit, daß dergleichen Verbrechen, wie sie an Seiner Majestät begangen wurden, sich nicht mehr wiederholen, nun, dann können Sie das mäßige Schutzmittel der Verlängerung des Sozialistengesetzes bei Seite legen, aber Sie würden sich's nicht verleugnen können, daß Sie damit eine große Verantwortlichkeit übernehmen. (Sehr wahr! rechts.) Der Herr Vorredner hat die Frist der Verlängerung nicht für ausreichend gehalten und meinte, daß der Gewalt wieder Gewalt entgegenzusetzen sei und Blut wiederum Blut fordere. Herr Windthorst wird ja seine Gründe haben für das so schlimm zu halten. Ich meine, es genügt vorläufig auf gesetzlichem Wege vorzugehen und die Wirkungen abzuwarten. Ferner wurde gesagt, daß die Sozialdemokratie in dem Ausnahmezustand eigentlich noch zugenommen hat, und Herr Windthorst hat uns viele Beispiele angeführt über das Wachsthum derselben; dieser Umstand müßte doch, meine ich, die Sozialdemokraten gerade veranlassen, für die Verlängerung zu stimmen, damit die sozialdemokratischen Ideen verwirklicht werden. Der Sozialdemokratie stehen noch andere Parteien zur Seite, z. B. die Fortschrittspartei, welche sich angelegen sein lassen, gegen die Regierung zu kämpfen, dieselbe geradezu verächtlich zu machen und das Vertrauen zu ihr bei den Arbeitern zu untergraben. Das alles vermehrt die Zahl der Unzufriedenen und so lange man zu der Regierung kein Vertrauen hat, ist es nicht möglich, daß wir mit unseren Reformbestrebungen nirgends etwas auswirken. Die Regierungspolitik ist Schnapspolitik genannt worden. Wenn diejenigen, welche von der Presse leben, bemüht waren, eine möglichst einträgliche Preßgesetzgebung zu Stande zu bringen, ist es da gestattet von Preßbengelpolitik zu sprechen? Die Fortschrittspresse nährt die Unzufriedenheit im Lande. Der Abg. Windthorst meint, man müsse sich selbst helfen. Die Regierung war stets bemüht, die Lage der Arbeiter zu bessern, zu dieser gehört auch die Einführung von Schutzzöllen. Ein zweiter Plan ist die Verbesserung der Steuerverhältnisse und die Verminderung, wenn nicht Unterdrückung der Steuerexekutionen. Will man fernerhin den Arbeitern helfen, so muß man den Grundsatz fallen lassen, daß ein einfacher Arbeiter nicht mehr verdienen soll, als er zur Bestreitung seiner nothwendigsten Lebensbedürfnisse braucht. Dieser Grundsatz enthält zwar eine gewisse Wahrheit, aber diese Wahrheit wechselt mit den Bedürfnissen des Arbeiters. Wenn wir auf die Zeit vor 50 Jahren zurückblicken, so werden wir uns überzeugen, daß die Nahrung, Wohnung, Bekleidung der Arbeiter heute bessere geworden sind. Es muß dem Arbeiter entschieden ein höherer Lohn gezahlt werden, wie es der steigende Wohlstand gebietet. Nur so kann der Arbeiter dem drohenden Einfluß der Sozialdemokratie entzogen werden. Die Krankheit ist zwar nicht ganz heilbar, aber durch Unterdrückung der äußeren Symptome, d. h. durch Zwangsgesetze, kann sie gemildert werden. Ich muß es sehr bedauern, daß mir keine Zeit übrig bleibt, auf das System der Vorlage näher einzugehen und spreche deshalb nur die Bitte aus, die Vorlage nicht erst an eine Kommission zu verweisen, sondern einfach anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst: Ich will nur konstatiren, daß ich zu jenen Gesetzen, bei denen die Grenze zwischen Sozialreform und Sozialdemokratie nicht scharf genug gezogen, nicht die Unfallversicherungsvorlage rechne. Auch habe ich keineswegs das Bedürfniß, Blut zu sehen, aber ich muß wiederholen, daß das erwähnte Buch von Bebel sich nur auf theoretischem Gebiete bewegt. Man kann die Frage aufwerfen, ob man die Zensur wieder einfahren soll, aber als eine That kann jenes Buch nicht angesehen werden. So lange die Sozialdemokraten auf dem Boden der theoretischen Diskussion stehen, können sie durch Ausnahmegesetze nicht bekämpft werden. Durch Polizei und Gewalt allein werden Sie die Sozialdemokratie nicht bekämpfen, ich wiederhole, Sie müssen die Hilfe der Kirche haben. Ich habe auch gar nicht gesagt, die katholische Kirche bekämpfe die Sozialdemokratie besser, als die protestantische. Keineswegs, aber in den Ländern des Unglaubens wird sie nicht bekämpft. Wenn der Herr Reichskanzler gemeint hat, in katholischen Ländern seien die sozialen Verhältnisse schlimmer, so will ich auf eine Polemik verzichten. Und wenn man wohl auf Frankreich hinweist, so muß doch bedacht werden, daß Ludwig XIV. die Autokratie der Kirche gegenüber gestellt hat und dadurch die Revolution herbeigeführt hat. Autokratisch kann man sein auch in parlamentarischen Formen. Merkwürdig ist es aber doch, daß weder in Bayern noch in den katholischen Theilen Preußens Sozialdemokratie einen Belagerungszustand nöthig macht. Geben Sie uns unsere Orden wieder, heben Sie die Maigesetze auf, dann brauchen wir keine Gendarmen! — Ich muß auch die Presse tadeln, besonders die offiziöse, und wenn der Herr Reichskanzler einmal Zeit hätte, die „Nordd. Allg. Ztg." zu lesen, würde er sich wohl auch nicht freuen. Die Folgen davon sind dann natürlich auch Ausschreitungen bei der gegnerischen Presse. — Wir sind uns der Verantwortlichkeit wohl bewußt; ich kann aber gerade deshalb nur meinen Antrag auf Kommissionsberathung wiederholen und könnte nur wünschen, daß die Zeit es dem Herrn Reichskanzler ermögliche, der Kommissionsberathung beizuwohnen.

Die Diskussion wird vertagt.

Persönlich bemerkt

Abg. Bebel: Herr Minister v. Puttkamer hat in seiner Charakteristik meiner Schrift große Unrichtigkeiten miteinfließen lassen. Ich habe in jenem Buche gesagt, daß ich nicht den Standpunkt der Partei vertrete, sondern ausdrücklich diese Schrift als meine persönliche Anschauung. Ich stehe in jener Schrift auf materialistisch-darwinistischem Standpunkt und habe die Entwicklung der Kultur als eine logische bezeichnet, so daß der Herr Minister Unrecht hat, wenn er mir vorwirft, ich hätte die Kulturentwickelung eine widersinnige genannt. Ich will damit konstatiren, daß in jenem Buche nicht das Programm meiner Partei enthalten ist.

Abg. Richter (Hagen) ersucht den Herrn Reichskanzler, den Rath, welchen er am Sonnabend gegeben, den Ton, welcher unter gebildeten Leuten üblich sei, nicht zu verletzen, zunächst selbst zu befolgen.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. Tagesordnung: Sozialistengesetz.

Schluß 5¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

9. Sitzung.

Berlin, 20. März. Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Min. mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen.

Die Mitglieder Graf Usedom und v. Flemming sind seit der letzten Sitzung gestorben. Das Haus ehrt das Andenken derselben durch Erheben von den Plätzen. Neu in das Haus berufen sind der Oberbürgermeister Adikis auf Präsentation der Stadt Altona und Herr v. Goetz auf Präsentation des alten und befestigten Grundbesitzes für Kammin und Hinterpommern.

Das Haus beauftragt sodann sein Präsidium, Se. Majestät dem König zu dessen Geburtstage die Glückwünsche des Hauses darzubringen und tritt hierauf in die Tagesordnung ein.

Der erste Gegenstand derselben ist die

Einmalige Schlußberathung eines Gesetzes, betreffend die Aufhebung verschiedener baupolizeilicher Bestimmungen im Gebiete der Stadt Frankfurt a. M. Der Berichterstatter Dr. Miquel empfiehlt dem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen und das Haus tritt diesem Antrage debattelos bei.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die einmalige Schlußberathung über den Rechenschaftsbericht über die Verwendung der flüssig gemachten Bestände der im § 94 der Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879 bezeichneten Fonds und der im § 95 Absatz 3 daselbst erwähnten Gelder für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1883.

Der Berichterstatter Frhr. v. Tettau beantragt die Rechnungslegung durch den Bericht für geführt zu erachten und das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die einmalige Schlußberathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Bestimmung des Zinsfußes für die nach einzelnen Gesetzen auszugebende Staatsschuldverschreibung.

Der Referent Herr von Dechend empfiehlt die unveränderte Genehmigung des Gesetzes, welchem Antrage sich auch das Haus anschließt.

Vierter Gegenstand der Tagesordnung ist die einmalige Schlußberathung über den Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes vom 13. März 1878, betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder, der Berichterstatter Dr. Dernburg empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzes. Dagegen beantragt Frhr. v. Wintzingerode, das Gesetz zur Vorberathung an die Justizkommission zu überweisen. Das Gesetz enthalte ja Verbesserungen, so führte Redner zur Begründung seines Antrages aus, allein es werde dadurch doch nicht das Hauptübel, die erhebliche Belastung der Kommunen beseitigt. Es werde auch durch dies Gesetz nicht verhindert, daß die Hälfte der zur Zwangserziehung verurtheilter Kinder auf Kosten der Kommune erzogen werden müssen. Darum empfehle es sich, in höherem Maße das Widerspruchsrecht der Gemeinden gegen die richterlichen Entscheidungen in dem Gesetze zum Ausdruck zu bringen. Dies könne aber nur in den Berathungen der Kommission zweckentsprechend geschehen.

Herr v. Kleist-Retzow: Das Gesetz sei eines der besten Gesetze der Neuzeit und habe auch seither sehr segensreich gewirkt. Daß einzelne Mängel sich an den bisherigen Bestimmung gezeigt hätten, wolle er zugeben, und denen würde die gegenwärtige Vorlage abhelfen; was aber der Vorredner hier gegen das Gesetz angeführt habe, sei nicht zutreffend, beziehe sich vielmehr auf die Armengesetzgebung, die mit der im Gesetz behandelten Materie nicht vermischt werden dürfe. Er bitte deshalb, dem Antrage des Vorredners nicht zuzustimmen, vielmehr das Gesetz, wie es von der Staatsregierung vorgelegt worden, anzunehmen.

Graf Ziethen-Schwerin und Graf von Pfeil schließen sich dem Antrage des Frhrn. v. Wintzingerode auf kommissarische Berathung an. — Graf Udo zu Stollberg-Wernigerode könnte wohl dem Gesetze so zustimmen, wie es von der Regierung vorgelegt worden, mit Rücksicht auf die hier laut gewordenen Bedenken werde er aber auch für kommissarische Berathung stimmen, und zwar beantragen, die Vorlage an eine besondere Kommission zu verweisen. — Reg.-Kom. Geh. Rath Illing gab Aufschluß über einige Spezialbestimmungen des Gesetzes und theilt hierbei mit, daß von Anfang der Wirksamkeit des Gesetzes an bis zum 31. März 1883 sich 5987 verwahrloste Kinder auf Staats und Provinzialkosten in Erziehungsanstalten befanden und die Ausgabe von 1 960 140 Mark erforderten. — Nach einigen Repliken der Herren Frhr. v. Wintzingerode, Knorr und v. Kleist-Retzow und einem Schlußworte des Berichterstatters Dr. Dernburg wurde das Gesetz an eine besondere Kommission von 15 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die einmalige Schlußberathung über den im Abgeordnetenhause abgeänderten Gesetzentwurf, betreffend Aenderungen des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872. — Der Berichterstatter Herr Lindemann stellte den Antrag, der Abänderung des Abgeordnetenhauses zuzustimmen und den Gesetzentwurf anzunehmen. — Der Regierungskommissar Geh. Rath Germar erklärte sich gegen den Beschluß des Abgeordnetenhauses, welcher dem Gesetz bekanntlich den folgenden § 9 hinzugefügt: „Bei jeder Pension werden nicht durch 3 theilbare Markbeträge und überschießende Markbrüche auf den nächst höheren durch 3 theilbaren Betrag von vollen Mark abgerundet, und bittet diesen § 9, der nur eine formelle Aenderung des jetzt bestehenden Zustandes sei, zu streichen. — Das Haus lehnte hierauf den § 9 ab und veränderte dem entsprechend den Eingang des Gesetzes.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung war der mündliche Bericht der Budgetkommission über die Petition der Vermessungsbeamten der Generalkommission zu Kassel Albrecht und Genossen wegen Erwirkung der Fixirung ihres Einkommens. — Der Berichterstatter Herr v. Tettau beantragt Namens der Kommission den Uebergang zur Tagesordnung. — Dr. Weigel dagegen will die Petition der Regierung zur Erwägung überweisen. — Der Regierungskommissar Geh. Rath Rommel bittet dem Antrage der Kommission zuzustimmen. — Graf Udo zu Stollberg ist der Meinung, daß von den Petenten der Instanzenzug noch nicht erschöpft sei, und beantragt deshalb motivirte Tagesordnung. — Nachdem noch Graf zur Lippe den Kommissionsantrag zur Annahme empfohlen, wurde dieser Antrag angenommen.

Schluß der Sitzung 2¼ Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend elf Uhr. Tagesordnung: Etatberathung und Bericht über die Ausführung der Eisenbahnbauten.

Locales und Provinzielles.

Posen, 21. März.

— Wie man der „Voss. Ztg." mittheilt, werden mit dem Beginn des diesjährigen Sommerfahrplans auf der Strecke Thorn—Posen—Bentschen—Frankfurt a/O.—Berlin Nachtschnellzüge eingelegt werden, welche an die Schnellzüge der Strecken Insterburg—Thorn und Alexandrowo—Thorn anschließen. Die neue Einrichtung soll dazu dienen, die Nachtkurierzüge der Strecke Insterburg—Schneidemühl—Kreuz—Berlin zu entlasten und ferner den Bewohnern Posens eine längst gewünschte Nachtverbindung über die kürzeste Route via Bentschen mit der Reichshauptstadt Berlin zu geben. In diese neuen Züge werden auch die Warschau—Berliner und Insterburg—Thorn—Berliner Durchgangswagen übergeleitet werden.

Telegraphische Nachrichten.

Glatz, 20. März. Bei der heute stattgehabten anderweiten Wahl eines Landtagsabgeordneten an Stelle des verstorbenen Abgeordneten v. Ludwig wurde Rechtsanwalt Porsch in Breslau (Zentr.) mit 430 von 447 abgegebenen Stimmen gewählt, der liberale Gegenkandidat, Landgerichtsrath Sack in Liegnitz, erhielt 16 Stimmen.

Dresden, 20. März. Das heute früh 7½ Uhr ausgegebene Bulletin über das Befinden des Prinzen Georg besagt: Der Prinz hat die vergangene Nacht unruhig verbracht, das Fieber ist ziemlich hoch, die nervösen Krankheitserscheinungen dauern fort. Seit einigen Stunden hat sich jedoch ein Ausschlag auf Gesicht und Hals angedeutet und ist dadurch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die nervösen Krankheitserscheinungen und das Fieber als Vorläufer einer Hautkrankheit zu betrachten sind.

Dresden, 20. März. Nach dem heute Nachmittags 1½ Uhr ausgegebenen Bulletin über das Befinden des Prinzen Georg hat sich der Hautausschlag weiter entwickelt und trägt derselbe vollkommen den Charakter eines Masernexanthems. Temperatur 40, Puls 100. Der hohe Kranke klagt viel über Kopfschmerz, bedrohliche Erscheinungen sind aber nicht vorhanden.

Dresden, 20. März. Die erste Kammer hat die von der zweiten Kammer beschlossene Errichtung eines Gesundheitsmuseums zur Zeit abgelehnt und beschlossen, den diesbezüglichen Antrag der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Der jüngst abgelehnte, von der zweiten Kammer aber bewilligte Bau der Eisenbahn Geithain-Lausigk-Leipzig wurde bei nochmaliger Berathung heute von der ersten Kammer genehmigt.

Dresden, 20. März. In der heute stattgehabten Generalversammlung der Dresdener Bank waren 29 Aktionäre anwesend, welche 3850 Aktien vertraten. Die Versammlung genehmigte einstimmig und ohne Diskussion die Vorschläge der Verwaltung und wählte die ausscheidenden Aufsichtsrathsmitglieder akklamationsweise wieder. Die Dividende von 8 Proz. gelangt sofort zur Auszahlung.

München, 20. März. Die Kammer der Abgeordneten erledigte heute den Etat der Pensionen, Sustentationen und Unterstützungen nach den Anträgen des Ausschusses. Die Interpellation des Abg. Off über die Getreidezölle erklärte der Minister des Innern demnächst beantworten zu wollen.

Die Kammer der Reichsräthe erledigte den Kultusetat und stellte dabei einige für die Universitäten München und Würzburg gestrichene Postulate wieder her. Die Beschlüsse der Abgeordnetenkammer wegen Ertheilung des konfessionellen Geschichtsunterrichts an den Gymnasien und wegen Gestattung der Separatvorbereitung für Präparandenschüler wurden mit großer Majorität abgelehnt.

Braunschweig, 20. März. Der Großherzog von Oldenburg ist heute früh hier eingetroffen und wird morgen die Reise nach Berlin fortsetzen.

Darmstadt, 20. März. Die Vermählung der Prinzessin Victoria von Hessen mit dem Prinzen von Battenberg ist nunmehr definitiv auf den 17. k. M. festgesetzt.

Dortmund, 20. März. Nach der amtlichen Ermittelung ist das Ergebniß der heute in dem fünften Wahlkreise des Regierungsbezirks Arnsberg stattgehabten Ersatzwahl zum Landtage folgendes: Landrichter Schmieding aus Dortmund (nat.-lib.) ist mit 1078 gegen 27 Stimmen, welche auf den Rechtsanwalt Lenzmann aus Lüdenscheid (Fortschritt) fielen, gewählt; die Fortschrittspartei und das Zentrum enthielten sich der Abstimmung.

Hamburg, 20. März. Die Subskription auf die Gothenburger Stadtanleihe hat eine siebzehnfache Ueberzeichnung ergeben. Auf Zeichnungen von 99 900 M. und darüber entfallen in der Repartition 5 pCt.; kleinere Zeichnungen sind mit je 5 Stück und weniger bedacht.

Christiania, 20. März. Das Reichsgericht sprach heute den Staatsrath Vogt schuldig, sein Amt verwirkt zu haben. Die Entscheidung des Reichsgerichts stützt sich auf dieselben gesetzlichen Bestimmungen, auf Grund deren die Verurtheilung des Staatsministers Selmer erfolgte.

Paris, 20. März. In der Deputirtenkammer wurde der Antrag, bei der am Dienstag erfolgenden Wahl der Budgetkommission das Listenskrutinium anzuwenden, was auch eine Vertretung der Minorität in der Kommission ermöglicht haben würde, mit 310 gegen 201 Stimmen abgelehnt. — Die Berathung der Interpellation über Madagaskar wurde auf nächsten Montag festgesetzt. — Das Journal „Paris" glaubt versichern zu können, daß die militärischen Operationen in Tonkin nach der Besetzung von Honghoa als beendet angesehen würden.

London, 20. März. Ein Telegramm der „Daily News" aus Suakin vom heutigen Tage bestätigt die bereits aus Kairo gemeldete Nachricht, daß die Bemühungen Digma Paschas, den heiligen Krieg zu predigen, gescheitert seien und die meisten seiner Anhänger ihn verlassen haben. Digma Pascha selbst habe sich mit nur wenigen Personen in das Innere zurückgezogen. — Das Pariser Journal „France" erwähnt das Gerücht, der englischen Regierung sei die Nachricht von der Gefangennahme und Enthauptung General Gordon's zugegangen, die übrigen Abendblätter thun dieses Gerüchtes keine Erwähnung.

Rom, 20. März. Meldung der „Agenzia Stefani" aus Kairo: Ein Anfang dieses Monats aus El Obeid entflohener egyptischer Offizier erzählt, die Mitglieder der katholischen Mission lebten in voller Freiheit, jedes Mitglied derselben erhalte monatlich 7½ Thaler, ihre Kirche sei geöffnet, nur die Schulen der katholischen Mission seien geschlossen.

Petersburg, 19. März. Friedrich Spielhagen ist heute Abend hier angekommen. Das Empfangskomite überreichte ihm am Bahnhofe Salz und Brot auf silberner Schüssel und das Publikum begleitete ihn mit lebhaften Zurufen zum Wagen.

Kairo, 19. März. Wie aus Suakin gemeldet wird, machte General Graham heute mit seinem Stabe und einer Schwadron Kavallerie eine Rekognoszirung nach Handub, wobei Alles ruhig gefunden wurde. Spione versichern, Osman Digma befinde sich gegenwärtig 8 Meilen von Handub entfernt; seine Armee sei demoralisirt und er habe nur noch wenig Anhänger. Es sei nicht wahrscheinlich, daß er den Kampf wieder aufnehmen werde.

Washington 19. März. Das auswärtige Amt hat, bestem Vernehmen nach, dem Gesandten in Berlin, Sargent, weder ein Telegramm noch eine sonstige Mittheilung übersandt, durch welche das Verhalten Sargents gebilligt oder ihm ein Wechsel seines bisherigen Postens oder Urlaub angeboten wird. — Im Senate wurde von dem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten eine Bill eingebracht, welche die Prüfung des für den Export bestimmten Fleisches anordnet und die Einfuhr gefälschter Nahrungsmittel verbietet.

Berlin, 21. März. Zur Geburtstagsfeier des Kaisers sind ferner eingetroffen: Die Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen, Reuß, Waldeck, Prinz Adolf zur Lippe-Schaumburg, Prinz Ferdinand und Prinz Albert von Holstein. Gestern Abend fand im kaiserlichen Palais eine musikalisch-theatralische Soirée statt, woran die eingetroffenen fürstlichen Gäste und gegen 180 andere Geladene von Distinktion theilnahmen.

London, 21. März. [Unterhaus.] Der Staatssekretär des Krieges, Lord Hartington, verliest ein Telegramm Grahams, wonach die Engländer den verwundeten Arabern bei El Teb, ingleichen auch bei Tamanieb, kein Leid zugefügt haben, außer wenn die Engländer von ihnen angegriffen wurden. Die Araber nahmen und gaben keinen Pardon; die britischen Soldaten mußten dieselben daher zur Selbstvertheidigung tödten. — Der Telegraph zwischen Kairo und Khartum ist noch unterbrochen.

London, 21. März. Eine Depesche Grahams an den Kriegsminister aus Suakin von gestern besagt, drei Scheiks der Stämme Samara und Amras mit 17 Anhängern hätten sich in Handuk der Regierung unterworfen. Mahmud Ali Bey habe versichert, es würden noch weitere Unterwerfungen folgen. Der Krankenstand der britischen Truppen betrage unter zwei Prozent.

Rom, 21. März. Der „Moniteur de Rome" veröffentlicht ein Zirkular der Propaganda über die Errichtung administrativer Filialstellen zur Empfangnahme von Legaten und Schenkungen bei den Nuntien in Wien, München, Paris, Madrid, Lissabon, den Erzbischöfen von London, Dublin, Mecheln, Algier, Sidney, Newyork, San Franzisco, Quebeck, Toronto, schließlich den Vertretern des Papstes in Malta, Konstantinopel, Rio Janeiro, Buenos Ayres und Quito.

Petersburg, 21. März. Auf die Petition der Israeliten des Kreises Poltawa um Sistirung einer Verfügung der Gouvernementsregierung, wonach die Israeliten, welche kein unbewegliches Vermögen besitzen, aus den Dörfern auszuweisen sind, ist ein Senatsukas ergangen, welcher die Ausführung jener Verfügung beanstandet und eine objektive Untersuchung des Bittgesuches anordnet.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
20. Nachm 2	752,4	W mäßig	bedeckt	+14.0
20. Abnds. 10	752,4	SW schwach	halbheiter	+ 9.0
21. Morgs. 6	748,8	NW schwach	bedeckt	+ 7,4

Am 20. Wärme-Maximum: +14°3 Cels.
" " Wärme-Minimum: + 3°4 "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 20. März Morgens 1,50 Meter.
" " 20. " Mittags 1,50 "
" " 21. " Morgens 1,48 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 20. März. (Schluß-Course.) Abgeschwächt. Lond. Wechsel 20,485. Pariser do. 81,15. Wiener do. 168,70. K.-M. S.-A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 109⅝. K.-M.-Pr.-Anth. 127. Reichsanl. 102¾. Reichsbank 147. Darmstb. 158½, Meining Bk. 96. Oest.-ung. Bank 712,75. Kreditaktien 279½. Silberrente 68⅛. Papierrente 67¾. Goldrente 86¼. Ung. Goldrente 77½. 1860er Loose 120¾, 1864er Loose 309,80. Ung. Staatsl. 224,40. do. Ostb.-Obl. II. 99⅜ Böhm. Westbahn 265½. Elisabethb. —. Nordwestbahn 158⅝. Galizier 252¾. Franzosen 265⅝. Lombarden 120¾. Italiener 93¾, 1877er Russen —. 1880er Russen 76¼. II. Orientanl. 59¾, Zentr. Pacific 111¾. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 59⅝. Wiener Bankverein 95⅛, 5% österreichische Papierrente 80½. Buschterader —. Egypter 67⅝, Gotthardbahn 96.

Türken 9. Edison —. Lübeck-Büchener 161 7/16. Lothr. Eisenwerke —. Marienburg-Mlawka —. Alpine-Prioritäten —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 280. Franzosen 265¾. Galizier 252¾. Lombarden 120¾, II. Orientanl. 59¾. III. Orientanl. 59⅝, Egypter 67 11/16, Gotthardbahn —, Spanier —. Marienburg-Mlawka —, 1860er Loose 121.

Wien, 20. März. (Abendbörse.) Ungarische Kredit-Aktien 327,50, österreichische Kreditaktien 327,60, Franzosen 314,10, Lombarden 143,50, Galizier 298,50, Nordwestbahn 188,00, Elbthal 199,50, österr. Papierrente 79,75, do. Goldrente 102,00, ungar. 6 pCt. Goldrente 122,20, do. 4 pCt. Goldrente 92,10, do. 5 pCt. Papierrente 88,65, Marknoten 59,25, Napoleons 9,61½, Bankverein 108,25. Still.

Wien, 20. März. (Schluß-Course.) Schluß schwächer.

Papierrente 79,75, Silberrente 80,95, Oesterr. Goldrente 102,00, 6-proz. ungarische Goldrente 122,20. 4-proz. ung. Goldrente 92,05, 5-proz. ungar. Papierrente 88,70. 1854er Loose 123,70, 1860er Loose 136,50 1864er Loose 170,00. Kreditloose 174,00, ungar. Prämien 116,70. Kreditaktien 323,90. Franzosen 313,70. Lombarden 143,50. Galizier 298,70. Kasch.-Oderb. 147,20. Pardubitzer 153,00. Nordwestbahn 188,00 Elisabethbahn 231,00. Nordbahn 2737,00. Oesterr.-Ung.-Bank —,—. Türk. Loose —,—. Unionbank 112,70. Anglo-Austr. 116,50 Wiener Bankverein 108,20 Ungar. Kredit 327,20. Deutsche Plätze 59,25 Londoner Wechsel 121,45 Pariser do. 48,12. Amsterdamer do. 100,25 Napoleons 9,61½. Dukaten 5,67. Silber 100,00. Marknoten 59,25. Russische Banknoten 1,21. Lemberg-Czernowitz —,—. Kronpr.-Rudolf 179,70. Franz-Josef —,—. Dux-Bodenbach —,—. Böhm. Westb. —,—. Elbthalb. 199,70. Tramway 236,60 Buschterader —,— Oesterr. 5proz. Papier 95,30

Wien, 20. März. (Privatverkehr.) Ungar. Kreditaktien 329,25, österreichische Kreditaktien 325,60, Franzosen 314,80, Lombarden 144,00, 4proz. ungar Goldrente 92,22½. Fest.

London, 20. März Consols 102 1/16, Italienische 5prozentige Rente 101, Lombarden 12 9/16, 3proz. Lombarden alte 11 11/16, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 89¾ 5proz. Russen de 1872 91¾ 5proz. Russen de 1873 91, 5proz. Türken de 1865 8½, 4proz. fundirte Amerik. 125½, Oesterreichische Silberrente 67½, do. Papierrente —, 4proz. Ungarische Goldrente 76⅝, Oesterr. Goldrente 85½, Spanier 61, Egypter neue —, do. unif. 67⅝, Ottomanbank 15⅝. Preuß. 4proz. Consols 101. Ruhig.

Suez-Aktien 79½. Silber —. Platzdiskont 2½ pCt.

In die Bank flossen heute 86 000 Pfd. Sterl.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,67. Wien 12,30. Paris 25,44. Petersburg 23⅜.

Petersburg, 20. März. Wechsel auf London 24½, II Orient-Anleihe 94¾. III. Orientanleihe 94⅜. Privatdiskont — pCt Neue Goldrente 164½.

Produkten-Kurse.

Köln, 20. März. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loko 18,50, fremder 19,00, per März 17,75, per Mai 18,15, Juli 18,35. Roggen loco hiesiger 14,50, per März 13,90, per Mai 14,30, per Juli 14,50. Hafer loco 14,25. Rüböl loko 33,50, per Mai 31,70, pr. Okt. 30,00.

Bremen, 20. März. Petroleum. (Schlußbericht). Ruhig. Standard white loko 7,45, per April 7,45, per Mai 7,55, per Juni 7,65, per August-Dezbr. 8,05 Br. Alles Br.

Hamburg, 20. März. (Getreidemarkt.) Weizen loco ruhig, auf Termine matt, per April-Mai 173,00 Br., 172,00 Gd., per Mai-Juni 174,00 Br., 173,00 Gd. — Roggen loco ruhig, auf Termine matt, per April-Mai 132,00 Br., 131,00 Gd., per Mai-Juni 132,00 Br. 131,00 Gd. — Hafer und Gerste still. — Rüböl ruhig, loco 61,50, per Mai 62,00 — Spiritus fester, per März 37¾ Br., per April-Mai 38¼ Br., per Mai-Juni 38¾ Br., per August-September 40¼ Br., Kaffee schwach, Umsatz 1500 S. — Petroleum beh., Standard white loco 7,70 Br., 7,60 Gd., per März 7,50 Gd., per August-Dezember 8,25 Gd. Wetter: Regnerisch.

Wien, 20. März. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 9,83 Gd., 9,85 Br., per Mai-Juni 10,02 Gd, 10,07 Br.. — Roggen per Frühjahr 8,25 Gd., 8,30 Br., pr. Mai-Juni 8,40 Gd., 8,45 Br. Mais per Mai-Juni 6,95 Gd., 6,98 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,42 G., 7,47 Br., per Mai-Juni 7,50 Gd., 7,55 Br.

London, 20. März. An der Küste angeboten 2 Weizenladungen. Wetter: Kälter.

London, 20. März. Havannazucker Nr. 12 19 nominell. — Centrifugal Kuba —.

Leith, 20. März. Getreidemarkt. Mehl und Weizen matt. Preise zu Gunsten der Käufer, Gerste fest und besser verkäuflich. Hafer unverändert.

Amsterdam, 20 März. (Getreidemarkt). Weizen pr. November

Antwerpen, 20. März. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste unverändert.

Marktpreise in Breslau am 20. März

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.		gute Höchster M. Pf.	gute Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	geringe Waare Höchster M. Pf.	geringe Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	pro 100 Kilog.	19 80	18 80	17 60	17 40	16 40	15 60
dto. gelber		18 —	17 10	16 60	16 10	15 60	14 60
Roggen		15 10	14 90	14 20	13 —	13 70	13 50
Gerste		15 80	14 69	13 80	13 30	12 80	12 60
Hafer		14 20	13 80	13 40	13 20	12 80	12 50
Erbsen		18 50	17 50	17 —	16 —	15 50	15 —

Festsetzg. d. v. d. Handelskammer eingef. Kommission.		feine M.	feine Pf.	mittel M.	mittel Pf.	ordin. Waare M.	ordin. Waare Pf.
Raps	pro 100 Kilog.	27	10	25	60	23	10
Rübsen, Winterfrucht		26	60	25	10	23	10
dto. Sommerfrucht		26	60	25	10	23	10
Dotter		22	50	21	50	19	50
Schlaglein		24	50	23	—	20	50
Hanfsaat		24	50	22	50	21	50

Kartoffeln, pro 50 Klgr. 3,00—3,25—3,50—3,75 Mark, pro 100 Kg. 6—6,50—7—7,50 Mark, pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0.15 Mark. — Heu, per 50 Kg. 3,20—3,40 Mark. — Stroh, per Schock à 600 Klgr. 24,00—26,00 Mark.

Breslau, 20. März. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Kleesaat rothe (per 50 Kilogramm) preishalt., ordinär 45—47, mittel 48—50, fein 51—55, hochfein 56—59. — Kleesaat weiße (per 50 Kg.) ruhig, ordinär 55—65, mittel 66—80, fein 81—94, hochfein 95—100. — Roggen (per 1000 Kilo.) geschäftslos. Gekündigt. — Centner. Abgelaufene Kündigungsscheine —, per März 147 Br. Gd., per März-April 147 Gd., per April-Mai 148,00 Br. schles. —.— Br., per Mai-Juni 149 Gd., per Juni-Juli 151,50 Br., per Juli-August 152 Br., per Sept.-Oktober 152 Br. — Weizen Gekünd. — Ctr., per März 186 Br. Hafer Gekünd. — Ctr., per März 135 Br., per April-Mai 135 Br., per Mai-Juni 137 Br., per Juni-Juli 139 Br. — Raps Gekündigt — Centner per März 278 Br. — Rüböl wenig veränd. Gekünd. — Centner, loko in Quantitäten à 5000 Kilogramm 63,00 Br., per März 61,00 Br., per März-April 60,50 Br., per April-Mai 60,00 Br., per Sept.-Okt. 59,00 Br. — Spiritus fester. Gekündigt. 10 000 Liter, per März 45,90—46,30 bez., per März-April 46,30 Gd., per April-Mai 46,70 bez. schles. —, Gd., per Mai-Juni 47,00 Gd., per Juni-Juli 47,90 Gd., per Juli-August 49,00 Br, per August-Sept. 49,20 bez., per Septbr.-Oktober 48,60 Gd. Zink: (per 50 Kilo) Hohenlohe-Marke fest.

Die Börsen-Kommission.

Interims-Betschule, Keiler's Saal.
Sonnabend, den 22. cr., Vormittags 10 Uhr:
Predigt.

Produkten-Börse.

Berlin, 20. März. Wind: SSW. Wetter: Schön.

Von den auswärtigen Märkten ist die erhoffte Besserung nicht gemeldet worden und das Wetter ist neuerdings sehr schön; es darf deshalb nicht überraschen, wenn der hiesige Verkehr für fast alle Artikel neuerdings matter Tendenz anheimfiel.

Von Loko-Weizen wurden Umsätze nicht bekannt. Für Termine bestand mäßiges, aber überwiegendes Realisationsangebot, welches nur zu merklich niedrigerem Course Unterkommen fand, da die Platzspekulation sich heute nicht kauflustig zeigte und auswärtige Kaufordres fast ganz fehlten. Notirungen schlossen etwa 1½ M. schlechter als gestern ohne Erholung.

Loko-Roggen vernachlässigt. Der Umsatz war gleich Null. Der Terminhandel stand in auffallendem Gegensatze zu gestern. Die momentane Bedürfnißlosigkeit Skandinaviens hat unserem Markte von Neuem ziemlich starke Offerten von Nordrußland zugeführt und Dampferladungen bleiben ebenfalls ziemlich dringend angeboten, so daß heute wieder ein respektabler Abschluß prompter Waare von Libau a 129½ M. cif Stettin ermöglicht wurde. In Folge dessen gab es überwiegende Verkäufe für alle Termine. Termine und die Platzspekulation hielt es heute nicht rathsam, zu interveniren. Dadurch drückten sich Course um etwa 1 M., und der Schluß blieb recht matt.

Hafer loko und Termine matt.

Roggenmehl billiger. Mais nominell niedriger.

Rüböl litt durch erneute Realisationen auf nahe Lieferung; Herbst hat sich leidlich behauptet. Petroleum unverändert.

Spiritus setzte fest ein, ermattete aber bei ziemlich regem Angebot und schloß durchgängig 20 Pf. billiger als gestern.

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loko 165—205 Mark nach Qualität, gelbe Lieferungsqualität 171,5 Mark gelber märkischer — ab Bahn bez., uckermärkischer — ab Bahn bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 173—172,75—173 M. bez., per Mai-Juni 175 bezahlt, per Juni-Juli 177 bez., per Juli-August 179 bez., per Septbr.-Oktober 183—182,5 bez. Durchschnittspreis — M. Gekündigt — Zentner.

Roggen per 1000 Kilogramm loco 136—151 nach Qualität, Lieferungsqualität 144,5 M., russ. — M., inländischer — M. ab Bahn bez., feiner — Mark ab Bahn bez., guter — M. bezahlt, mit Auswuchs — M, mittel — M., abgelaufene Anmeldungen — bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 145,25—144,75 M. bezahlt, per Mai-Juni 145,5—145 Mark bez., per Juni-Juli 146.5—145,5 bez., per Juli-August 147,5—146,5 M. bez., per Sept.-Oktober 148 bis 147,5 bez., per Okt.-Nov. — bez. Durchschnittspreis — M. Gekündigt — Zentner.

Gerste per 1000 Kilogramm große 132—200 M. nach Qualität bez., kleine — ab Kahn bez., Brenngerste — M., Futtergerste — Mark nach Qualität bez.

Hafer per 1000 Kilogr. loko 125—164 n. Qual., Lieferungsqualität 128 M., pomm. guter — bez., schles. guter 146—150 ab Bahn bez., feiner 153—159 ab Bahn bez., preuß. guter 145—151 M. bez., mittel — bez., russischer guter 138—144 ab Bahn bez., feiner 145 bis 150 ab Bahn bez., mittel — bez., per diesen Monat — M. ab Bahn bez., per April-Mai 129 M. bez., per Mai-Juni 130,5 M. bez., per Juni-Juli 132 bez., per Juli-August 134 M. nom. Durchschnittspreis — M. bez. Gek. — Ztr.

Mais loko 126—130 bezahlt nach Qualität, per diesen Monat — M., per April-Mai 122 bez., per Mai-Juni — bez., per Juni-Juli —, Amerikan. — M. ab Kahn bez., Donau — ab Boden bez. Gekündigt — Zentner. Durchschnittspreis —. Durchschnittspreis — M.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm brutto inkl. Sack. Loko 20,05 Gd., per diesen Monat 20,05 Gd., per März-April 21,00 M., per April-Mai 21,00 M., per Mai-Juni —, per Juni-Juli — M., per Juli-August — M. Durchschnittspreis — M.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Sack. Loko u. per diesen Monat 21,00 M., per März-April 21,25 M., per April-Mai 21,25 M., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —, per Juli-August —. Durchschnittspreis — M.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert inkl. Sack per diesen Monat und per März-April — bez., per April-Mai 19,85—19,80 bez., per Mai-Juni 20,10—20,05 bez., per Juni-Juli — bez., per Juli-August — M. bez. Durchschnittspreis — Mark.

Weizenmehl Nr. 00 26,50—24,50, Nr. 0, 24,50—23,00, Nr. 0 u. 1 22—20. Roggenmehl Nr. 0 22,25—20,25, Nr. 0 u. 1 20,00 bis 17,75.

Rüböl per 100 Kilogramm loko mit Faß — M., ohne Faß — M., per diesen Monat — M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai und Mai-Juni 59,4—59,1 M. bez., per September-Oktober 57,5—57,3 M. bez. Abgelaufene Anmeldungen — M. Durchschnittspreis — M. Gekündigt — Ztr.

Petroleum, raffinares (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß in Posten von 100 Kilogr., loko — M., per diesen Monat 23,6 bez., per März-April — bez., per April-Mai — M. bez., per Septbr.-Oktober — M. Durchschnittspreis — M. Gek. —.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 pCt. = 10.000 Liter pCt. loko ohne Faß 46,5—46,4 bez., loko mit Faß — bez., per diesen Monat 41,1 bez., per März-April 46,1 bez., per April-Mai 47,1—47,3 bez., per Mai-Juni 47,5—47,2 bez., per Juni-Juli 48,2—48 bez., per Juli-August 49,1—48,8 M. bez., per August-Septbr. 49,6—49,4 bez., per Sept.-Oktober 48,8 M. bez. — Gekündigt — Liter. Durchschnittspreis — M.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 20. März. Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten Kursen auf spekulativem Gebiet. Das Geschäft entwickelte sich aber auch heute ruhig und nur periodisch trat für einige Ultimowerthe größere Regsamkeit hervor. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Meldungen lauteten im Allgemeinen günstig. Im späteren Verlaufe des Verkehrs machte sich eine Abschwächung der Tendenz auf den meisten Gebieten geltend, der Schluß erschien aber wieder befestigt.

Der Kapitalsmarkt erwies sich fest für heimische, solide Anlagen, und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werthstand zumeist gut behaupten.

Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei zumeist fester Haltung.

Der Privatdiskont wurde mit 3 pCt. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien nach festerer Eröffnung zu abgeschwächter Notiz mäßig lebhaft um; Franzosen waren behauptet, Lombarden schwach, andere österreichische Bahnen ruhig.

Von den fremden Fonds sind russische Anleihen und russische Noten als fester zu nennen, ungarische 4prozentige Goldrente Anfangs fest, später schwächer.

Deutsche und preußische Staatsfonds waren zumeist fest; inländische Eisenbahnprioritäten sehr ruhig und wenig verändert.

Bankaktien waren recht fest; Deutsche Bank steigend und recht belebt; Diskonto-Kommandit-Antheile behauptet.

Industriepapiere waren fest und ruhig; Montanwerthe behauptet und still.

Inländische Eisenbahnaktien waren schwankend: Marienburg-Mlawka matter; Ostpreußische Südbahn Anfangs schwächer, später fest.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wechsel-Kurse.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	3½	169,20 bz
Brüss. u. Antwerpen		81,10 bz
100 Fr. 8 T.	3½	80,70 bz
London 1 Lstr. 8 T.	3½	20,485 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	3	81,10 bz
Wien, öst. Währ. 8 T.	4	168,50 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	6	203,95 bz
Warsch 100 R. 8 T.	6	204 30 bz

Geldsorten und Banknoten.

Sovereigns pr. St.	
20-Francs-Stück	16 205 bzG
Dollars pr. St.	
Imperials pr. St.	
Engl. Banknoten	20,50 bz
Franz. Banknoten	81,30 B
Oesterr. Banknoten	168 70 bz
Russ. Noten 100 R.	204 65 bz

Zinsfuß der Reichsbank.

Wechsel 4 pCt. Lombard 5 pCt.

Fonds- und Staats-Papiere.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	102,75 bz
Konf. Preuß. Anl.	4½	103,10 G
do. do.	4	102,50 G
Staats-Anleihe	4	101,50 G
Staats-Schuldsch.	3½	99,10 bz
Kur- u. Neum. Schlv.	3½	99,00 bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	101,90 G
do. do.	4	101,80 G
do. do.	3½	97,30 G
Pfandbriefe:		
Berliner	5	109,00 bz
do.	4½	104,60 G
do.	4	101,90 bzG
Landschaftl. Zentral.	4	102 10 bz
Kur- u. Neum.	3½	97,50 bz
do. neue	3½	94,50 bz
do.	4	101,90 bz
N. Brandenb. Kredit	4	
Ostpreußische	3½	94 00 G
do.	4	101 90 bzB
Pommersche	3½	94 20 G
do.	4	102,10 bz
do.	4½	102 20 B
Posensche neue	4	101,60 bzB
Sächsische	4	
Schlesische altland.	3½	95 20 G
do. Lit. A.	3½	
do. neue II.	4½	
Westpr., rittersch.	3½	94,40 G
do. do.	4	102 30 G
do. Neuldsch. II.	4	101,90 bz
Rentenbriefe.		
Kur- u. Neumärk.	4	101,90 B
Pommersche	4	101,75 B
Posensche	4	101 60 bzB
Preußische	4	101,50 bz
Rhein. u. Westf.	4	
Sächsische	4	101,50 G
Schlesische	4	101,90 G
Bayer. Anleihe	4	102,75 G
Brem. do. 1880	4	102,30 bz
Hamb. St.-Rente	3½	92,30 B
Sächs. do.	3	82,60 G
Pr. Pr.-Anl.	3½	136,50 bzG
Hess. Pr.-Sch. 40 T.	—	
Bad. Pr.-Anl. 1867	4	133,60 bzG
do. 35 Fl.-Loose	—	
Bayer. Präm.-Anl.	4	133,00 bz
Brnschw. 20 Thlr.-L.	—	96,20 bz
Cöln.-Mind. Pr.-A.	3½	126,75 B
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	
Dtsch. G.P.-Pfdb. I.	5	114,90 B
do. do. II. Abth.	5	112,90 bzB
Hamb. 50 Thl.-Loose	3	188,25 bz
Lüb. 50 Thlr.-Loose	3½	
Mein. 7-Fl.-Loose	—	27 00 bz
Mein. H.Pr.-Pfdbr.	4	116,90 bzG
Oldenb. 40-Thlr.-L.	3	148 75 bz

Ausländische Fonds.

Newyork. St.-Anl.	6	130,75 G
do. do.	7	
Finnländ. Loose	—	47,90 B
Italienische Rente	5	93,90 B
do. Tabaks-Obl.	6	
Oest. Gold-Rente	4	85,90 bz
do. Papier-Rente	4½	67,50 bzB
do. do.	5	80,50 bz
do. Silber-Rente	4½	68,40 ebzB
do. 250 Fl. 1854	4	
do. Kreditl. 1858	—	
do. Lott.-A. 1860	5	120,75 bzG
do. do. 1864	—	311,00 bz
Pester Stadt-Anl.	6	90,60 G
do. do. kleine	6	90,60 G
Poln. Pfandbriefe	5	63,40 a 50 bz
do. Liquidat.	4	55,80 a 90 bz
Rum. mittel	8	110,10 bz
do. kleine	8	110,30 G
do. St.-Obligat	6	104,10 bzG
do. Staats-Obl.	5	99,40 G
Russ. Egl. Anl. 1822	5	90,25 B
do. do. 1862	5	
do. do. kleine	5	90,50a60bz
do. konf. Anl. 1871	5	92,00 bz
do. do. kleine	5	92,00 bz
do. do. 1872	5	92,00 bz
do. do. 1873	5	92,00 bz
do. Anleihe 1877	5	96,00 bzG
do. do. 1880	4	76,20 bz
do. Orient-Anl. I.	5	59,60 bz
do. do. II	5	59,75 bz
do. do. III.	5	59,60 a 70 bz
do. Poln. Schatzobl.	4	87,10 bz
do. Pr.-Anl. 1864	5	140,00 bzB
do do. 1866	5	134,40 bz
do. Boden-Kredit	5	89,25 bzG
do. Ztr.B.-Kr.-Pf.	5	79,40 bz
Schwed. St.-Anl.	4½	103,60 G
Türk. Anl. 1865	fr.	abg. 9,00 ebzB
do. Loose voll.	fr.	34,00 bzG
Ung. Goldrente	6	102,90 bzG
do. do.	4	77,60 bzG
do. Gold-Inv.-Anl.	5	97,70 G
do. Papierrente	5	74,90 ebzB
do. Loose	—	224,50 B
do. St.-Eisb.-Anl.	5	99,75 bzB

Hypotheken-Certificate.

D.G.-C.B.Pf.rz110	5	106,10 bz
do. IV. rückz. 110	4½	101,50 bzG
do V. do. 100	4	93,25 bz
D.H.B.P.IV.V.VI.	5	104,70 G
do. do. do.	4½	103,10 bzG
Krupp. Obl. rz. 110	5	112,00 bz
Nordd. Grund-K	5	100,50 G
Pomm. H.-B. I. 120	5	112,75 G
do. II. u IV. rz. 110	5	107,25 B
do. III. V. u. VI. 100	5	101,00 G
do. II. rz. 110	4½	104,00 bz
do. III. rz. 100	4½	100,60 bzG
Pr.B.-Kr.-B. unkb.		
Hyp.-Br. rz. 110	5	112,00 G
do. rz. 115	4½	111,20 bz
do. II. rz 100	4	99,00 bzG
P.C.Pfb.unk.rz.110	5	115,50 G
do. rz 110	4½	110,60 bzB
do. rz. 100	4½	
do. 1880, 81 rz. 100	4	100,80 B
P.H.-A.-B.I.rz.120	4½	109,75 bzG
do. VI. rz. 110	5	109 10 bzG
do VII. rz. 100	4½	102,00 bzG
do. VIII. rz. 100	4	98 50 bzG
P.H.-B.-A. G Cert.	4½	102,30 bzG
Schl Bod.-Kr. Pfbr.	5	103,25 bz
do. do. rz. 110	4½	108,25 bz
do. do	4	99,80 G
Stett.Nat.-H.-K.G.	5	100,60 bz
do. do. rz. 110	4½	104,20 bzG
do do. rz 110	4	99,00 bzG

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien.

Dividenden pro 1883.

Aachen-Mastrich	—	60,10 bzG
Altona-Kieler	—	
Berlin-Dresden	—	18,70 bzB
Berlin-Hamburg	—	430,50 bz
Bresl.-S.-Frbg.	—	
Dortm.-Gron.-E	—	64,00 G
Halle-Sor.-Gub.	—	49,75 G
Mainz-Ludwgsh.	—	109 70 bz
Marnb.-Mlawka	—	82 75 bz
Mkl. Frdr. Franz.	—	195,70 bzG
Münst.-Enschede	—	10,10 G
Nordh.-Erf. gar.	—	57,50 bz
Obschl. A.C.D.E.	—	
do. (Lit.B.gar.)	—	
Oels-Gnesen	—	24,00 G
Ostpr. Südbahn	—	111,75 bz
Posen-Creuzb.	—	
R.-Oder.-U.Bahn	—	
Starg.Posen gar.	4½	103,10 G
Tilsit-Insterburg	—	24 75 B
Weim.-Gera (gr.)	4½	45 50 bz
do. 2½ konv.	2½	34,50 bz
do.	—	29,50 bzG
Werra-Bahn	—	102 80 bz
Albrechtsbahn	—	31,70 G
Amst.-Rotterdam	—	155,50 bz
Aussig-Teplitz	—	275 75 bz
Baltisch gar.	—	56 50 G
Böh. Westb. gar.	—	132,80 G
Dux-Bodenbach	—	150,75 bzB
Elis. Westb. gar.	—	98 00 bz
Franz Jos.	—	87,70 G
Gal. (C.-L.-B.) gr.	—	126,25 bz
Gotthardb.	—	96,30 bz
Kasch.-Oderb.	—	62,25 bzG
Kpr. Rudlfsb. gar.	—	75,70 bzG
Lüttich-Limburg	—	12 30 bz
Oest. Fr. St.	—	
Oest. Nordwb.	—	317,00 bz
do. B. Elb.	—	355,50 bz
Reichenb.-Pard.	—	64,70 bz
Russ. Stsb. gar.	—	131 80 bz
Russ. Südb. gar.	—	61,40 bz
Schweiz. Unionsb.	—	52,75 bz
do. Westbahn	—	18,75 bz
Südöst. p. S. i. M.	—	
Turnau-Prager	—	
Ung.-Galiz.	—	70,90 bz
Vorarlberg gar.	—	81 60 bz
War.-W. p. S. i. M.	—	233,50 bzG
Angerm.-Schw.	—	45,00 G
Berl. Dresd. St. P	—	47,25 bzG
Bresl.-Warsch. „	—	72,60 bzG
Hall.-S.-Gub. „	—	116 10 G
Marienb Mlawka	—	117 50 bzG
Münst.-Enschede	—	24,25 bzG
Nordh.-Erfurt „	—	114 60 G
Oberlausitzer „	—	78 25 bzG
Oels-Gnesen „	—	75,80 G
Ostpr. Südb. „	—	120,10 G
Posen-Creuzb.	—	
R. Oderuf. St.-P.	—	
Saalbahn „	—	104,25 bzG
Tilsit-Insterb. „	—	101,80 bz
Weimar-Gera „	—	71,00 bzG
Dux-Bodenb. A.	—	
do. do. B	—	148 50 bz

Vom Staate erworbene Eisenb.

Berl.-Stett.St.A	4½	abg. 120,00 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.

Berg. Märk. II. S.	4½	
do. III. S. v. St. 3½ g.	3½	96,10 bz
do. VIII. Ser.	4½	104,00 G
do. IX. Ser.	5	104,00 bzB
Berlin-Anh. A. u. B.	4½	104 00 B
Berlin-Dresd. v. St.	4½	104,40 B
Berl.-Görlitzer kon	4½	103 60 G
do. Lit. B.	4½	103 60 G
Berl.-Hamb. I. II. E.	4	102 00 G
do. III. konv.	4½	103,80 bzG
Berl.-P.-Mgd. A.B.	4	102,00 bzG
do. Lit. C neue	4	102,00 bzG
do. Lit. D neue	4½	103,80 G
Berl.-St II. III VI.	4	102,20 bzB
B.-Schw.-F. D.E.F.	4½	103 70 G
do. Lit. G.	4½	103,70 G
do. Lit. H.	4½	103,70 G
do. Lit. I.	4½	103 70 G
do. Lit. K.	4½	103,70 G
do. de 1876	5	103,30 bz
do. de 1879	5	103,30 bz
Cöln-Mind 3½ g. IV.	4	102,00 G
do. V. Em.	4	102,00 G
do. VI. Em.	4½	105,[illegible]0 G
do. VII. Em.	4½	104,00 bzG
Hll.-S.-G St. A.B.	4½	103,80 G
do. Lit. C. g.	4½	
Märk.-Pos. konv.	4½	
Magd.-Leipz. Pr. A.	4½	105,70 G
do. do. Lit. B.	4	102,00 G
Magd.-Wittenberge	4½	
do. do.	3	87,75 G
Mainz-Ludw. 68-69	4	101,80 bz
do. do. 1875 1876	5	103 90 B
do. do. I. II. 1878	5	103,90 B
do. do. 1881	4	
Niedersch.-Mrk. I. S.	4	
do. II. S à 62½ Thl.	4	
N.-M., Obl. I. II. S.	4	
do. III. Ser.	4	
Nordh.-Erfurt I. E.	4½	103,00 G
Oberschl. Lit. A.	4	
do. Lit. B.	3½	
do. Lit. C. u. D.	4	
do. gar. Lit. E	3½	
do. gar. 3½ Lit. F.	4½	
do. Lit. G.	4½	
do. gar. 4% Lit. H.	4½	103.80 G
do. Em. v. 1873	4	102,00 bzG
do. do. v. 1874	4½	
do. do. v. 1879	4½	105,80 G
do. do. v. 1880	4½	
do. Niederschl. Zwgb.	3½	
do. (Starg.-Posen)	4	
do. II. u. III. Em.	4½	
Oels-Gnesen	4½	
Ostpr.-Südb. A.B.C.	4½	103,75 G
Posen-Creuzburg	5	
Rechte Oder-Ufer	4½	103,80 bzG
Rheinische	4	
Rh.-Nahev. S. g. I. II.	4½	
Thüringer I. Serie	4	
do. II. Serie	4½	103,90 G
Weimar-Geraer	4½	
Werrabahn I. Em.	4½	101,20 G
Aachen-Mastrichter	4	93,90 bzG
Albrechtsbahn gar.	5	83,80 G
Donau-Dmpf. Gold	4	96,50 bz
Elis.-Westb. 1873 g.	5	
Gal. C.-Ludwgsb. g.	4½	85,25 G
Gömör. Eisenb. Pfb.	5	101,75 bzG
Kais.-Ferd.-Nordb.	5	92,25 G
Kasch.-Oderb. gar.	5	84,40 ebzG
Kron.-Rud.-B. g.	5	86,40 bzG
do. 1869er gar.	5	86,40 bzG
do. 1872er gar.	5	86,40 bzG
Lemb.-Czernow. gr.	5	81,40 G
do. gar. II. Em.	5	85 25 G
do. gar. III. Em.	5	83,10 G
do. IV. Em.	5	81,90 G
Oest.-F.-S., alt g. St.	3	392,90 bzB
do. do. gar. 1874 do.	3	389,50 bzB
do. Ergzungsn. g. do.	3	383,25 bzG
Oest.-Franz. Stsb.	5	105,60 bz
do. II. Em.	5	105 60 bz
Oest. Nordwb., gar.	5	87,80 bzG
Oest. Lit. B. (Elbeth.)	5	87,10 G
Raab-Graz (Präml.)	4	
Reich.-P. (S.-N. B.)	5	86,50 G
Schweiz Ctr. N. O. B.	4½	
Sdöst. Bahn (Lomb.) 100 F. = 80 M.	3	299,50 bzG
do. do. neue	3	299 75 G
do. Obligat. gar.	5	103,30 G
Theißbahn	5	86 70 G
Ung.-G. Verb.-B. g.	5	82,50 G
Ung. Nordostb. gar.	5	80 60 bzG
do. Ostb. I. Em. gar.	5	80,50 ebzB
do. do. II. Em. gar.	5	99,10 bzG
Vorarlberger gar.	5	86,60 ebzG
Kasch.-Od. g. G. Pr.	5	102,60 bzG
Oest. Nrdw. Gld.-P.	5	104,90 G
Reich.-P. Gold.-Pr.	5	104 00 B
Ung. Nrdost. G.-P.	5	100,30 ebzG
Brest-Grajewo	5	92,25 G
Chark.-Asow gar.	5	97,00 bzG
Chark.-Krement. g.	5	96 50 bz
Gr. Russ. Eisb.-G.	3	69,80 bz
Jelez-Orel gar.	5	96 50 G
Jelez-Woronesch g.	5	92 90 bzB
Koslow-Woronschg	5	100,25 bzG
do. Obligationen	5	86 20 bzG
Kursk-Charkow gar	5	96,70 bz
Kursk-Chark.-Asow	5	87,90 bz
Kursk-Kiew gar.	5	102,20 bzG
do. kleine	5	102 20 bzG
Losowo-Sewastopol	5	81,00 bz
Mosco-Rjäsan gar.	5	104,00 G
Mosco-Smolensk g.	5	97,40 bz
Orel-Griasy	5	83,70 B
Rjäsan-Koslow. g.	5	102,25 G
Rjaschk-Morczsk g.	5	96,90 bz
Rybinsk-Bologoye	5	87,10 bzG
do. II. Em.	5	76,75 G
Schuja-Iwanowo g.	5	97,40 bzG
Warschau-Teresp. g.	5	98,00 bz
Warschau-Wiener II.	5	103,20 bz
do. III. Em.	5	102,70 bz
do. VI. Em.	5	102,25 B
Zarskoe-Selo	5	65,50 B

Bank-Aktien.

Dividende pro 1883.

Badische Bank	5½	119,25 G
B. f. Sprit u. Prd.	—	76,75 bzG
Berl. Kassenver.	5½	132,25 bz
do. Handelsges.	7	126,70 bz
do. Prd. u. Hnd	—	92,00 bzG
Braunschw. Krdb.	6	107,00 bzG
do. Hypothek.	—	83,50 bzB
Bresl. Disk.-Bank	—	91,75 G
do. Wechslerb.	—	99,30 bzG
Danziger Privb.	9	124 60 G
Darmst. Bank	—	158,40 bzG
do. Zettelbank	—	111,80 B
Deutsche Bank	9	157,40 bzG
do. Effekt. Hahn	—	128,75 bz
do. Genossensch.	7½	129,75 G
do. Hp.-Bk. 60% B.	—	92,75 bz
Diskonto-Komm.	—	210,50 bzG
Dresdener Bank	8	126,40 bzG
Dortm. Bkv. 50%	6	
Eff.-Maklbk. 50%	7	118,00 G
Goth. Grundkrdb.	—	54 30 bzG
do. do. neue 40%	—	71 90 G
Hamb. Komm. Bk.	6⅔	129,25 G
Landw. B. Berlin	4	90 00 bzG
Leipz. Krd.-Anst.	10	177,50 bz
Leipz. Disk.	7	111 90 B
Magd. Privatb.	5 1/12	117,50 G
Meckl. Hyp.-Bank	—	101,00 bzG
Meininger Kredit	—	96,75 bzG
do. Hyp.-B. 40%	—	92,75 B
Nat.-B. f. D. 50%	—	98,50 bzG
Niederlaus. Bank	5½	92,25 B
Nordd. Bank	8⅓	157,75 G
Nordd. Grundkb.	—	43,10 bzG
Oest. Krd. A. p. St	8¾	
Oldenb. Spar-B.	—	
Petersb. Dis.-B.	—	116,75 bzG
Petersb. Jt. B.	—	95,00 bzG
Pomm. Hyp.-Bk.	—	61,50 bzG
Posener Prov.	—	120,50 G
Pos. Landw. B.	—	
Pos. Sprit-Bank	—	80,75 bzG
Preuß. Bodnk.-B.	5½	105,50 bzG
Pr. Ctr. Bd. 40%	—	127,20 B
Pr. Hyp.-Akt.-B.	—	91,80 G
Pr. H.B.A.G. 25%	—	93,75 G
Pr. Imm.-B. 80%	—	
Reichsbank	6½	147,30 bzG
Rostocker Bank	—	101,75 B
Sächsische Bank	5½	122,25 G
Schaffh. B.-Ver.	—	92,50 G
Schles. Bank-V.	5½	106,50 B
Südd. Bod.-Kred.	6	132,25 G
B.-B. Hamb. 40%	7	
Warsch. Kom.-B.	—	79 90 bz
Weimar. Bk. konv.	—	91,25 bzG
Württ. Vereinsb.	—	130,00 G

Industrie-Aktien.

Dividende pro 1883.

Bochum-Brwk. A	—	77,00 G
Donnersm.-H.	—	61,50 bzG
Dortm. Union	—	22,75 G
do. St. Pr. A. L. A.	—	82,60 bz
do. Part.-O. rz. 110	—	107,60 bzG
Gelsenk. Bergw.	—	117,50 G
Georg. Marienh.	—	68,10 bz
do. Stamm-Pr.	—	83 00 B
Görl. Eisenbahnb.	—	164 00 bzB
Gr. Berl. Pferdeb.	—	210,00 bz
Hartm. Maschin.	—	131,00 B
Hib. u. Sham.	6	96,50 bzG
Hörd. H.-B. konv.	—	57,00 G
Königin Marienh.	—	63,25 B
Lauchhammer	—	46,00 G
Laurahütte	—	111,80 G
Luise Tiefbau	—	43 00 bzB
Oberschl. E.-Bed.	—	57,00 B
Phönix Bergw.	—	85,10 bzG
do. do. Lit. B.	—	36 00 B
Schering	—	192,50 bzG
Stolberg Zink	—	24,20 B
Westf. Drht.-Ind.	—	104,25 bzG
Berl. Holz-Compt.	—	98,50 bzG
do. Immob.-Ges.	—	83,50 B
do. Viehmarkt	—	48,80 bzG
Berzelius Bgwk.	—	100,25 B
Borussia, Bgwk.	—	123 50 bzG
Brauer. Königst.	—	88 50 bzG
Bresl. Oelfabr.	—	61,75 B
do. Straßenb.	—	135,40 B
do. Wagg.-Fabr.	11	154,60 bzG
do. Wg. (Hoffm.)	11	144 00 G
Erdmannsd. Sp.	—	91,75 bz
Glauzig. Zuckerf.	—	87,00 G
Inowr. Steinsalz	—	73 00 ebzG
Körbisd. Zuckerf.	—	142,50 B
Marienh. Kotz	—	
Masch. Wöhlert	—	1,00 G
Oelh. Pet.-Ind.	—	47,25 bzG
Pluto, Bergwerk	—	65,00 bzB
Redenhütte kons.	—	102 00 G
do. Oblig.	—	113,00 B
Schles. Kohlenw.	—	
do. Lein. Kramst.	—	124,00 bzB
Westf. Un. St. Pr.	—	73,00 bzG

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (Emil Röstel) in Posen.